

Mehr Partizipation wagen – Handlungsempfehlungen auf einen Blick

Prof. Dr. Thomas Olk, Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg / Prof. Dr. Roland Roth, Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Magdeburg

Zusammenfassung

- Strategische Konzeption entwickeln und zentrale Maßnahmen planen
- Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Querschnittsaufgabe verankern
- Kommunale Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche benennen
- Netzwerke entwickeln
- Eine Vielfalt von Beteiligungsformen aufbauen
- Fort- und Weiterbildungsangebote sicherstellen
- Transparenz herstellen und Informationsaustausch verbreitern
- Bürgerschaftliches Engagement von jungen Menschen fördern und unterstützen
- Benachteiligte junge Menschen zur Partizipation ermuntern
- Schulen und Bildungseinrichtungen in die Entwicklung kommunaler Partizipationsprojekte einbeziehen
- Das soziale Kapital des kommunalen Vereinswesens für Beteiligungsprojekte nutzen
- Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Teil einer übergreifenden kommunalen Beteiligungs politik fördern
- Eine kommunale Anerkennungskultur für Partizipation und Engagement entwickeln
- Erfolge messen und Ergebnisse bewerten Handlungsempfehlungen für Kommunen

Handlungsempfehlungen für Kommunen

Seit über zwei Jahrzehnten wird auf internationaler wie auch auf nationaler Ebene über Möglichkeiten einer erweiterten Partizipation diskutiert. Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bewirkt nachweislich, dass politische Prozesse effektiver gestaltet, nachhaltige Lösungen erarbeitet und das Vertrauen in Staat und Politik erhöht werden. Eine neue Beteiligungskultur zu entwickeln, wird damit zu einem vordringlichen Reformvorhaben. Eine wichtige Rolle kommt dabei der Einbindung der jungen Generation zu.

Vor diesem Hintergrund hat die Bertelsmann Stiftung die Initiative »mitWirkung!« gestartet. Ein wesentliches Ziel dieses Projektes ist es, öffentliches Bewusstsein dafür zu schaffen, dass es sich für alle Beteiligten lohnt, Kindern und Jugendlichen eine Stimme zu geben. Ihnen gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen, ist bislang keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Zwar sind junge Menschen fast immer von politischen Entscheidungen betroffen, allerdings haben sie nur selten Gelegenheit, diese zu beeinflussen.

Mit den vorliegenden Handlungsempfehlungen¹ sollen nun die Akteure in Politik, Verwaltung, Jugendarbeit und Schulen darin unterstützt werden, bestehende Ansätze und Modelle der Partizipation von Kindern und Jugendlichen weiterzuentwickeln und zu überprüfen, welche Konzepte, Strategien und Maßnahmen geeignet sein könnten, um die Beteiligungsmöglichkeiten für die junge Generation unter den jeweils konkreten lokalen Rahmenbedingungen zu verbessern. Welche Konzepte, Ansatzpunkte und Vorgehensweisen letztlich realisiert werden, hängt von den lokalen Gegebenheiten ab.

Die Handlungsempfehlungen beruhen auf Vorarbeiten und Materialien, die im Rahmen der Initiative »mitWirkung!« erarbeitet worden sind. So hat die Bertelsmann Stiftung zusammen mit Herrn Professor Dr. Reinhard Fatke von der Universität Zürich und Herrn Professor Dr. Dr. Helmut Schneider von der Steinbeis-Hochschule Berlin (vormals Universität Münster) eine bundesweite empirische Untersuchung durchgeführt, bei der 12- bis 18-Jährige in Städten und Gemeinden aller Größenordnungen und Regionen befragt sowie die Partizipationsinfrastruktur auf kommunaler Ebene analysiert wurden. Darüber hinaus werden in der Publikation »Mehr Partizipation wagen« (Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2007) vielfältige Gründe aufgeführt, weshalb Kommunen sich verstärkt der Partizipation von jungen Menschen widmen sollten.

Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung und die Thesen der Publikation wurden auf einem Fachforum im Frühjahr 2006 mit Vertreterinnen und Vertretern aus kommunaler Politik und Verwaltung, Schule und Bildungspolitik sowie Kinder- und Jugendhilfe diskutiert. Die empirischen Befunde der Untersuchung, die theoretisch-konzeptionellen Vorarbeiten und die kritischen Rückmeldungen und Einschätzungen von erfahrenen Entscheidungsträgern aus der Kommunal- und Landespolitik sind in die Handlungsempfehlungen eingeflossen.

Insbesondere auf kommunaler Ebene gibt es nachahmenswerte Modelle und eindrucksvolle strategisch-konzeptionelle Entwürfe zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Dennoch wurde in den Diskussionen mit Akteuren aus Politik, Verwaltung, Jugendhilfe und Jugendarbeit sowie dem Bildungsbereich immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass ein großes Interesse an Bausteinen, Arbeitsmaterialien und Checklisten als Unterstützung für die eigene Arbeit vor Ort besteht.

Die folgenden Handlungsempfehlungen sollen daher jene Akteure auf kommunaler Ebene unterstützen, die ihre strategisch-konzeptionellen Ansätze und Praxismodelle weiterentwickeln bzw. stabilisieren wollen oder aber auch neu beginnen, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen. Die Handlungsempfehlungen

¹ Diese Handlungsempfehlungen sind in Kooperation mit Herrn Professor Dr. Thomas Olk und Herrn Professor Dr. Roland Roth erarbeitet worden.

gen richten sich in der Form der Darstellung in erster Linie an kommunale Verantwortungsträger, können aber auch als Anregung für lokale partizipationspolitische Initiativen gelesen werden.

Strategische Konzeption entwickeln und zentrale Maßnahmen planen

Welche Ziele sollen bei der Partizipation von jungen Menschen in der Stadt, der Gemeinde bzw. dem Landkreis im Vordergrund stehen, und wie sollen sie erreicht werden? Welche Prioritäten werden gesetzt, und welche Vorgehensweisen und Modelle sollen in welchem Zeitraum realisiert werden? Fragen dieser Art bilden die Leitlinien, an denen entlang ein kommunales Konzept zur erweiterten Partizipation von Kindern und Jugendlichen entwickelt werden kann.

Die Hauptverantwortung für die Entwicklung eines partizipationspolitischen Konzepts liegt bei der kommunalen Politik und Verwaltung. Allerdings sollte sowohl bei der Bestandsaufnahme als auch bei der Entwicklung von Zielen, Schwerpunkten und Maßnahmen von Beginn an ein partizipativer Prozess unter Einbeziehung aller maßgeblichen Akteure – kommunale Politik und Verwaltung, freie Träger, junge Menschen – entwickelt werden. Ein umfassendes Konzept der Beteiligung sollte ressort- und trägerübergreifend angelegt sein und allen Kindern und Jugendlichen die Chance einräumen, gleichberechtigt an (fach-) politischen Entscheidungsprozessen zu partizipieren.

Unabhängig davon, ob der Prozess von unten nach oben (»bottom up«) oder von oben nach unten (»top down«) abläuft, sollte ein Beschluss des Stadtrates bzw. der Gemeindevertretung den politischen Willen zur Umsetzung des Konzepts dokumentieren. Das umfassende und integrative Programm der Kommune bildet den Rahmen für konkrete Konzepte und Maßnahmen in den einzelnen Ressorts (wie Stadtentwicklungsplanung, Bildungspolitik, Kinder- und Jugendhilfe). Messbare Ziele und verbindliche Zeitvorgaben ermöglichen es, in regelmäßigen Abständen den Stand der Umsetzung zu überprüfen und ggf. Veränderungen vorzunehmen.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Querschnittsaufgabe verankern

Wie kann erreicht werden, dass die Zuständigkeit für die verbesserte Partizipation von Kindern und Jugendlichen nicht auf bestimmte Akteursgruppen bzw. Ressorts konzentriert bleibt, sondern vielmehr als eine Aufgabe der gesamten Kommune verstanden wird?

Ein weit verbreitetes Phänomen in der kommunalen Beteiligungspraxis ist die Herausbildung von »Beteiligungsinseln«: Impulse, neue Vorschläge und Modelle der Partizipation von Kindern und Jugendlichen gehen ausschließlich oder überwiegend von einer bestimmten Akteursgruppe oder einem Verwaltungsressort aus. Solche Initiativen und Projekte bleiben in ihren Auswirkungen auf die kommunale Beteiligungskultur begrenzt. Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist daher als eine gesamtstädtische und ressortübergreifende Querschnittsaufgabe zu verstehen: Die Rahmenplanung und Koordinierung der einzelnen Aktivitäten ist zentral zu verorten, während die Verantwortlichkeit für die Planung und Durchführung einzelner Maßnahmen in den Fachbereichen liegt.

Welche Form die zentrale Koordinierungsstelle annimmt, ob diese Aufgabe also zum Beispiel bei einer lokalen Kinderbeauftragten oder einer Abteilung bzw. Stelle in der Verwaltung liegt, hängt von den kommunalen Gegebenheiten ab. Entscheidend sind die Festlegung klarer Zuständigkeiten und die Ausstattung mit Ressourcen. Es wäre zu überlegen, ob für Partizipationsprojekte ein Beteiligungshaushalt eingerichtet wird. Ohne eine Verankerung als Querschnittsaufgabe ist nicht gesichert, dass die Partizipation von Kindern und Jugendlichen bei allen kommunalen Planungen und Vorhaben einbezogen wird.

Um die Verzahnung der Vorhaben als Querschnittsaufgabe und als Verantwortlichkeit in den Fachämtern sicherzustellen, ist es sinnvoll, innerhalb der Verwaltung ein kinderpolitisches Kompetenznetzwerk aufzubauen. Viele Akteure sind bereits mit Anliegen und Modellen der Partizipation befasst – zum Beispiel im Bereich der Stadtplanung, der Bildungs- und der Kinder- und Jugendhilfeplanung –, ohne sich immer über ihre Ziele und Maßnahmen auszutauschen. Dies führt nicht selten dazu, dass in einer Kommune im Hinblick auf Kinder- und Jugendpartizipation »das Rad mehrfach neu erfunden« wird. Ein Kompetenznetzwerk kann dazu beitragen, dass Erfahrungen innerhalb der Verwaltung ausgetauscht, Ziele abgestimmt und Maßnahmen koordiniert werden.

Kommunale Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche benennen

Wie kann sichergestellt werden, dass junge Menschen mit ihren partizipationsbezogenen Anliegen und Fragen tatsächlich bei der zuständigen Stelle in der kommunalen Verwaltung ankommen und nicht in einem unübersichtlichen Zuständigkeitsgestrüpp stranden?

Kinder und Jugendliche, aber auch Jugendverbände, Initiativen und Projekte haben oft Probleme, für ihre Anliegen die richtigen Ansprechpartner innerhalb der Verwaltung zu finden. Daher ist es sinnvoll, Lotsen, Moderatoren oder Mentoren zu benennen, die Anfragen und Anliegen an die zuständigen Stellen weiterleiten und die jungen Menschen bei ihren Beteiligungswünschen unterstützen, beraten und fördern können

Ob diese Ansprechpartner ausschließlich für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen oder aber für die der Bürgerinnen und Bürger insgesamt zuständig sind, hängt von der Größe der Verwaltung und den Gegebenheiten vor Ort ab. Für die Kontaktaufnahme zwischen Verwaltung und gesellschaftlichen Gruppen und die Koordination von Vorhaben ist lediglich entscheidend, dass klare Verantwortlichkeiten definiert werden.

Netzwerke entwickeln

Wie kann die Zusammenarbeit mit Initiativen, Gruppen und engagierten jungen Menschen hinsichtlich der Partizipation verbessert werden? Wie können der Informationsaustausch weiterentwickelt und Reibungsverluste verringert werden?

Politik und Verwaltung auf kommunaler Ebene sollten ihre konzeptionell-strategische Ausrichtung und ihre operative Arbeit so gestalten, dass die Beteiligung relevanter zivilgesellschaftlicher Akteure erleich-

tert wird. Insbesondere bei der Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist es erforderlich, die Konzepte und Maßnahmen zwischen Politik, Verwaltung, beteiligungsinteressierten Gruppen, Initiativen und engagierten Einzelnen sowie freien Trägern und weiteren Institutionen der Zivilgesellschaft abzustimmen und zu koordinieren. Die Partizipation junger Menschen ist ohne eine intensive Kooperation mit gesellschaftlichen Gruppen, Initiativen und Akteuren nur schwer realisierbar.

Netzwerke aus einschlägig aktiven Gruppen, Initiativen, Einrichtungen und engagierten Einzelnen sowie Vertretern der kommunalen Verwaltung tragen zum Informationsaustausch bei, schaffen Vertrauen und bilden den Rahmen für die Entwicklung langfristiger Arbeitsvorhaben und Projekte. Die Koordination solcher Netzwerke muss sichergestellt werden. Der kommunalen Verwaltung kommt hier eine große Bedeutung zu.

Eine Vielfalt von Beteiligungsformen aufbauen

Wie kann erreicht werden, dass sich möglichst viele junge Menschen an möglichst allen Themenbereichen kommunaler Politik und Verwaltung aktiv und umfassend beteiligen können?

Bisherige Modelle und Instrumente der Partizipation von Kindern und Jugendlichen haben gezeigt, dass es den Königsweg nicht gibt. Vielmehr haben die verschiedenen Formen und Modelle jeweils spezifische Stärken und Schwächen. Kommunale Politik und Verwaltung sind daher aufgefordert, sich nicht auf ein Beteiligungsinstrument oder -modell zu verlassen, sondern vielmehr ein breites Spektrum unterschiedlicher Formen zu entwickeln und zu erproben.

Dennoch lassen sich einige generelle Gütekriterien für wirksame und nachhaltige Formen der Partizipation benennen. Diese Modelle sollten den jungen Menschen echte Entscheidungsbefugnisse zusichern, Informationen und Ressourcen bereitstellen, im Hinblick auf die Zielgruppen durch Offenheit, Repräsentativität und Transparenz gekennzeichnet und mit Erfolgsrückmeldungen in möglichst kurzen Zeiträumen verbunden sein. Projekte und Modelle, in denen Entscheidungsbefugnisse nur »gespielt« bzw. simuliert werden, die durch Intransparenz der Teilnahme gekennzeichnet sind und deren Ergebnisse folgenlos bleiben, demotivieren Kinder und Jugendliche und tragen nichts Wesentliches zur Erreichung der Ziele bei.

Soweit formale Beteiligungsmodelle, wie Kinder- und Jugendparlamente, Kinder- und Jugendräte etc. eingeführt bzw. weiterentwickelt werden, sollten größtmögliche Offenheit, Repräsentativität und Effektivität gewährleistet sein. Die Wahlverfahren der Mitglieder etwa sollten für möglichst alle Angehörigen der Zielgruppe offen und zugänglich sein (was zum Beispiel über die Wahlen an Schulen erreicht werden könnte), Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sollten klar definiert und verbindliche Verfahren für den kommunalpolitischen Umgang mit den Vorschlägen und Forderungen dieser Gremien möglichst schriftlich fixiert werden.

Daneben benötigen auch kurzfristige, anlassbezogene und projektorientierte Beteiligungsformen klare und verbindliche Regelungen. Auch hier müssen die Zuständigkeiten und Regelungsbefugnisse klar definiert und der Umgang mit Ergebnissen verbindlich festgelegt werden. Dabei sollten möglichst kurze

Fristen für die Rückmeldung vorgesehen werden, damit die beteiligungsaktiven jungen Menschen den Erfolg ihres Engagements abschätzen und eventuell die Früchte dieses Handelns auch noch selbst genießen können.

Fort- und Weiterbildungsangebote sicherstellen

Wie können sowohl Erwachsene als auch junge Menschen auf ihr Engagement bei Beteiligungsprozessen vorbereitet werden? Über welche Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse müssen die Beteiligten verfügen, um Partizipationsprozesse zum Erfolg zu führen?

Die Fort- und Weiterbildung der Akteure – also sowohl der Erwachsenen aus Politik, Verwaltung und gesellschaftlichen Institutionen (wie zum Beispiel Schule) als auch der jungen Menschen selbst – ist eine zentrale Voraussetzung für den Erfolg von Beteiligungsverfahren. In Modellen auf kommunaler Ebene arbeiten Erwachsene mit Kindern und Jugendlichen bei der Verwirklichung konkreter Projekte zusammen. Dies erfordert ein Rollenhandeln, das von wechselseitiger Akzeptanz, gleichberechtigter Teilhabe und Lernbereitschaft geprägt ist.

Insbesondere Erwachsene – die in diesem Zusammenhang oft auch noch professionelle Fachkräfte oder Leitungspersonen sind – tun sich nicht selten schwer, altersgemäße Formen der Kommunikation zu entwickeln und zu praktizieren, in denen junge Menschen nicht bevormundet oder belehrt, sondern partnerschaftlich akzeptiert werden. Die Ermöglichung von Partizipation ist daher kein Selbstläufer, sondern muss gelernt werden, und zwar von allen Beteiligten. Kommunale Politik und Verwaltung sollten sicherstellen, dass sowohl die Politiker und Verwaltungsmitarbeiter als auch die Akteure aus freien Trägern und gesellschaftlichen Gruppen in Fort- und Weiterbildungen auf die Durchführung von Beteiligungsprojekten vorbereitet werden. Auch Projektbegleitende Formen der Qualifizierung sind hilfreich.

Darüber hinaus gilt es auch für die beteiligten jungen Menschen, gegebenenfalls erforderliche Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie Informationen in geeigneter Form zu erlernen. Insbesondere ist darauf zu achten, dass altersgemäße, attraktive und nicht ausschließlich auf abstrakte Wissensvermittlung abzielende Formen der Qualifizierung die Motivation zur freiwilligen Teilnahme auch für junge Menschen aus bildungsbenachteiligten Gruppen erhöhen.

Aus kommunaler Sicht ist es wünschenswert, solche Maßnahmen und Angebote auch für zivilgesellschaftliche Akteure zu öffnen. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass die an den kommunalen Partizipationsmodellen und -verfahren und beteiligten gesellschaftlichen Akteure sowohl über das Know-how als auch über die einschlägigen Kompetenzen verfügen, um Verfahren kompetent zu unterstützen und durch eigene Maßnahmen zu ergänzen.

Um den Erfolg von Qualifizierungsmaßnahmen für junge Menschen zu optimieren, hat es sich als sinnvoll erwiesen, ältere und erfahrene Jugendliche dazu zu motivieren und zu befähigen, ihr Beteiligungswissen und ihre Fähigkeiten an jüngere weiterzugeben. Der Unterstützung Jüngerer bzw. fast Gleichaltriger (»peer-education«) kommt in diesen Prozessen ein besonderes Gewicht zu, weil dadurch nicht nur

Barrieren abgebaut, sondern auch Authentizität und Überzeugungskraft der Angebote gesteigert werden können.

Transparenz herstellen und Informationsaustausch verbreitern

Wie kann erreicht werden, dass möglichst alle in Frage kommenden Kinder und Jugendlichen über bestehende Beteiligungsverfahren informiert und zur Teilnahme motiviert werden?

Oberstes Ziel einer umfassenden nachhaltigen Strategie ist es, möglichst alle Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrem Alter, Geschlecht, sozialen Hintergrund, Bildungsniveau etc., in Beteiligungsverfahren einzubeziehen. Dies schließt nicht aus, dass sich konkrete Projekte und Modelle gezielt an bestimmte Gruppen richten, zum Beispiel »Risikojugendliche«, Jugendliche mit Migrationshintergrund oder mit Behinderungen. Um die Ziele, den Nutzen, aber auch die Beteiligungsbedingungen und -voraussetzungen möglichst allen Kindern und Jugendlichen nahe zu bringen, ist ein integriertes Kommunikationskonzept erforderlich. Um einen umfassenden Informationsaustausch zwischen kommunaler Politik und Verwaltung sowie unterschiedlichen Gruppen von Kindern und Jugendlichen sicherzustellen, sind sowohl formale als auch informelle und personenbezogene Kommunikationswege zu entwickeln und zu pflegen.

Um Partizipationsprojekte und die damit verbundenen konkreten Anliegen bei den Zielgruppen bekannt zu machen, sind zu „nächst einmal die institutionellen Kommunikationskanäle auf kommunaler Ebene – also zu Kindergärten, Schulen, Trägern und Einrichtungen der Jugendhilfe, Vereinen in Kultur-, Sport- und sonstigen Bereichen – zu nutzen. Darüber hinaus ist es sinnvoll, ein Netz von festen Ansprechpartnern, zum Beispiel in den Kinder- und Jugendverbänden oder bei den freien Trägern der Jugendhilfe, aufzubauen und zu pflegen.

Allerdings sind nicht alle jungen Menschen über institutionelle Kommunikationswege erreichbar. Insbesondere über Beziehungsnetze zu schwach verfassten offenen Szenen und Angeboten, die Einrichtungen der offenen Jugendarbeit und der »zugehenden Sozialarbeit« (Streetwork) gelingt es, Jugendliche aus bestimmten Szenen und Subkulturen zu erreichen. Wichtig ist es, sie über die Medien anzusprechen, die sie tatsächlich im Alltag benutzen. Es ist daher ratsam, die Informationen über Schülerzeitungen, Internetplattformen, Stadtzeitungen und -magazine sowie kostenlose Anzeigenblätter zu verbreiten. Welche Informationswege und Medien geeignet sind, hängt vom konkreten Anliegen und Beteiligungsprojekt sowie den besonderen Gegebenheiten in der Kommune ab. Eine Idee in diesem Zusammenhang könnte sein, Wettbewerbe anzulegen, bei denen in Kinder- und Jugendeinrichtungen oder in Vereinen Beispiele für tragfähige und authentische Formen von Partizipationsprojekten entwickelt werden.

Bürgerschaftliches Engagement von jungen Menschen fördern und unterstützen

Beteiligung von jungen Menschen in ihrem lokalen Gemeinwesen ist eine konkrete Ausdrucksform des bürgerschaftlichen Engagements. Insofern kann dessen Förderung ein geeignetes Mittel sein, um junge Menschen für Partizipation zu interessieren und zu befähigen.

Viele Kommunen haben die Aufgabe der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements für sich erkannt. Hier sollten gerade junge Menschen frühzeitig einbezogen werden, indem ihnen lebensgeschichtlich frühe Zugänge zum Engagement ermöglicht werden. Viele Projekte und Beispiele belegen das Interesse der jungen Menschen. Die Initiative »Schüler helfen Leben«, die es seit mehr als einem Jahrzehnt gibt, hat im Sommer 2006 390000 Schülerinnen und Schüler dafür gewonnen, einen »sozialen Tag« arbeitend außerhalb der Schule zu verbringen und mit den dabei verdienten mehr als 4,2 Millionen Euro Kinder- und Jugendprojekte im kriegsgeschädigten Südosteuropa und Ländern der »Dritten Welt« zu fördern. Ähnliche soziale Aktionstage gibt es ebenfalls in einigen Bundesländern, wo die eingespielten Mittel teilweise auch für Jugendprojekte vor Ort eingesetzt werden.

Die Möglichkeiten des »Civic Engagement« und »Service Learning« sind in der Bundesrepublik keineswegs ausgereizt. Hier gilt es ebenfalls, bei der Ausgestaltung solcher Projekte junge Menschen intensiv zu beteiligen. Auch in Präventionskampagnen im Gesundheitsbereich (zum Beispiel »gesundes Frühstück«) engagieren sich bereits viele junge Menschen in Schulen und anderen sozialen Einrichtungen und Diensten.

Benachteiligte junge Menschen zur Partizipation ermuntern

Wie kann erreicht werden, dass auch solche Kinder und Jugendlichen, die in den üblichen Modellen und Verfahren unterrepräsentiert sind, für Beteiligung interessiert und aktiviert werden? Was kann getan werden, um Angebote und Modelle der Partizipation zielgruppenbezogen auszugestalten?

Nicht alle Verfahren der Partizipation sind für alle Kinder und Jugendliche gleichermaßen attraktiv. Erfahrungen mit konkreten Formen der Beteiligung junger Menschen belegen, dass sich die methodische Ausgestaltung der Projekte auf die Beteiligungsintensität unterschiedlicher Gruppen von Kindern und Jugendlichen auswirkt. So sind hoch formalisierte, den Beteiligungsformen der Erwachsenen angenäherte Spielarten, wie etwa Kinder- und Jugendparlamente bzw. Kinder- und Jugendräte, überwiegend für junge, gut gebildete Menschen mit entsprechenden Interessen, Neigungen und sprachlichen Ausdrucksfähigkeiten attraktiv.

Demgegenüber haben junge Menschen aus benachteiligten Schichten, mit Migrationshintergrund oder mit spezifischen Bedürfnissen (Behinderungen) oft andere Interessen, Wünsche und Kompetenzen. Einschlägige Projekte und Modelle zeigen, dass auch diese Kinder und Jugendlichen für konkrete Beteiligungsprojekte interessiert und motiviert werden können. Allerdings benötigen sie andere Rahmenbedingungen, Methoden und Zielsetzungen. So zeigen etwa Projekte aus dem Bund-Länder-Programm »So-

ziale Stadt«, aber auch Projekte von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, dass Modelle und Verfahren erfolgreich sind, die an den konkreten Anliegen und Problemen dieser jungen Menschen ansetzen, möglichst wenig Partizipationsbarrieren aufbauen und durch entsprechend qualifizierte Moderatoren und Mentoren begleitet werden. Es sind insbesondere die niedrighschwelligten, sozialräumlich orientierten Projekte, für die diese jungen Menschen gewonnen werden können.

In diesen Projekten stehen oft alltägliche Probleme der Lebensbewältigung im Vordergrund. Mitwirkung heißt nicht nur Debattieren, sondern auch Anpacken und praktisches Tun, und hier sind Erfolge relativ kurzfristig im Sinne einer Verbesserung der Lebensbedingungen erfahrbar. Solche Projekte haben daher relativ konkrete Ziele, vergleichsweise kurze Laufzeiten und erzeugen spürbare Wirkungen (etwa der Wohnumfeldverbesserung, Verbesserung von Qualifizierungsangeboten, Unterstützung bei konkreten Benachteiligungen und Beeinträchtigungen).

Darüber hinaus erweisen sich entsprechend ausgestaltete Projekte als ein wichtiger Motor für die Integration von jungen Menschen, die zum Beispiel wegen ihrer sozialen Herkunft marginalisiert sind bzw. sich ausgegrenzt fühlen. Durch die gezielte und bewusste Ausgestaltung von Partizipationsformen für diese Jugendlichen können ihr Selbstwertgefühl und ihre Identität gestärkt und mit Hilfe integrativer Ansätze eine soziale Vernetzung mit der Mehrheitsgesellschaft ermöglicht werden.

Schulen und Bildungseinrichtungen in die Entwicklung kommunaler Partizipationsprojekte einbeziehen

Wie kann erreicht werden, dass Kinder und Jugendliche an ihren alltäglichen Aufenthaltsorten und in ihrem Erfahrungsbereich angesprochen und für Projekte der Partizipation aktiviert werden?

Schulen bzw. Bildungseinrichtungen sind die Orte, wo sich junge Menschen in ihrer überwiegenden Mehrzahl im Laufe des Tages aufhalten. Schon aus diesem Grund kommt diesen Institutionen bei der Entwicklung von Verfahren und Modellen kommunaler Partizipation eine wichtige Rolle zu. Darüber hinaus wird den Schulen vor dem Hintergrund veränderter Bildungsanforderungen und Bildungskonzepte zunehmend bewusst, dass sie ohne Beteiligungsformen ihren erweiterten Bildungsauftrag nicht mehr erfüllen können. Gerade in Schulen kann durch eine engagementfördernde Beteiligungskultur der Grundstein für Partizipationsbereitschaften und -kompetenzen gelegt werden.

Empirische Untersuchungen zeigen, dass die Beteiligungswirklichkeit in den Schulen hinter solchen Ansprüchen oft weit zurückbleibt. Während die Beteiligung an Randbereichen des schulischen Lebens (Auswahl des Ziels der Klassenreise, Gestaltung des Pausenhofes etc.) weit vorangeschritten ist, haben junge Menschen in den auch für sie zentralen Bereichen (Curricula, Stundentafeln, Unterrichtsformen und -inhalte, Bewertungsmaßstäbe) kaum Einflussmöglichkeiten. Durch Prozesse der inneren und äußeren Öffnung von Schulen und die Ausweitung von ganztägigen Bildungsangeboten scheint sich diese Situation allmählich zu verändern. In diesem Zusammenhang können sich Schulen zu wichtigen Lernorten für das Gemeinwesen entwickeln. Schüler erfahren in ganztägigen Schulangeboten nicht nur Unterricht, sondern sie gestalten ihren schulischen Alltag bis weit in den Nachmittag hinein. Hier ergeben sich erweiterte Möglichkeiten der Partizipation.

Darüber hinaus zeigen die Beispiele der Wahlen zum Kinder- und Jugendrat oder die Erfolge von »Schüler helfen Leben«, dass lokale Partizipationspolitik nur mit den Schulen, mit ihrer aktiven Beteiligung und Unterstützung, gelingen kann. Umgekehrt machen die Beispiele einer gemeinwesenbezogenen Öffnung von Schulen und die Projekte des »Service Learning« deutlich, dass der schulische Bildungs- und Erziehungsauftrag durch die Bereitstellung von lebensnahen Lernorten befördert werden kann.

Wenn Bildung mehr ist als die Vermittlung abstrakten Wissens, dann ist das informelle und non-formale Lernen in konkreten Beteiligungsprojekten vor Ort ein wichtiger Baustein für die Realisierung des Bildungsauftrages moderner Schulen. Schlüsselkompetenzen wie Teamfähigkeit, soziale Empathie, aber auch die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und die Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme sind vor allem in handlungsorientierten Beteiligungsprojekten erlernbar.

Das soziale Kapital des kommunalen Vereinswesens für Beteiligungsprojekte nutzen

Wie können die sozialen Beziehungsnetzwerke und das Vertrauenskapital, das in lokalen Vereinen in Sport, Kultur und weiteren Feldern existiert, genutzt werden, um junge Menschen für Partizipationsvorhaben zu aktivieren?

Vereine, vor allem Sport- und Kulturvereine, sind nach wie vor die wichtigsten Orte für junge Menschen außerhalb von Elternhaus und Schule, an denen gemeinsame Vorhaben geplant und im Alltag realisiert werden. Damit sind die Vereine wichtige Lernorte für Beteiligungsverhalten. Dieser Sachverhalt wird durch die empirische Studie der Initiative »mitWirkung!« bestätigt, wonach die Vereinszugehörigkeit einen wichtigen Erklärungsfaktor darstellt. Kommunale Beteiligungspolitik für junge Menschen kann sich dieses »soziale Kapital« zunutze machen. Dies setzt voraus, dass gezielt gemeinsame Projekte und Vorhaben entwickelt werden, bei denen die Vereinsjugend eine zentrale Rolle spielt – ohne in »Vereinsmeierei« zu versinken.

Gerade weil sie vor allem in kleineren Gemeinden eine tragende Rolle im kommunalen Geschehen spielen, gilt es, Vereine auch für kommunale Beteiligungsvorhaben zu gewinnen sowie ihre eigenen Beteiligungsprozesse zu unterstützen.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen als Teil einer übergreifenden kommunalen Beteiligungspolitik fördern

Wie kann verhindert werden, dass das Engagement für Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen auf Kosten der Beteiligung anderer Altersgruppen geht? Wie kann erreicht werden, dass sich Angebote für junge Menschen und solche für Erwachsene bzw. ältere Menschen wechselseitig ergänzen und verstärken?

Der Trend zur Segregation von Altersgruppen – mit all ihren negativen Konsequenzen hinsichtlich des wechselseitigen Verständnisses und des toleranten Miteinanders – ist ohnehin stark und sollte nicht durch eine separierende altersorientierte Beteiligungspolitik noch verstärkt werden. Solche Gefahren gilt es im Auge zu behalten, wenn Konzepte und Maßnahmen der Partizipation für junge Menschen entwickelt werden. Dennoch ist es richtig, Kindern und Jugendlichen mehr Einfluss auf kommunale Entscheidungsprozesse einzuräumen und ihnen als »Experten in eigener Sache« eine Stimme bei Entscheidungen zu geben, die sich auf ihre lokalen Lebensbedingungen auswirken.

Auch im Rahmen einer alters- und zielgruppenübergreifenden integrativen Leitidee einer beteiligungsorientierten Bürgerkommune ist es richtig, den Bedürfnissen und Ansprüchen junger Menschen – ebenso wie denen älterer Menschen – gerecht zu werden. Dies ist möglich, wenn zielgruppenbezogene Beteiligungsverfahren und -modelle nicht als Einzelmaßnahmen, sondern als Bestandteile einer übergreifenden kommunalen Politik geplant und realisiert werden. In diesem Sinne ist Beteiligung kein Nullsummenspiel. Vielmehr ist die (verstärkte) Beteiligung von Kindern und Jugendlichen neben der verstärkten Beteiligung anderer Bürgergruppen ein wichtiger Mosaikstein einer inklusiven und umfassenden kommunalen Beteiligungspolitik.

Eine kommunale Anerkennungskultur für Partizipation und Engagement entwickeln

Wie kann zum Ausdruck gebracht werden, dass das bürgerschaftliche Engagement hoch bewertet und geachtet wird, und wie können die Akteure erfahren, dass es im lokalen Gemeinwesen erwünscht ist?

Partizipation an der Gestaltung des kommunalen Gemeinwesens ist ein Bestandteil des bürgerschaftlichen Engagements. Dieses kann nicht erzwungen werden, ist aber unverzichtbar für die Entfaltung eines lebendigen Gemeinwesens vor Ort. Um diesen gemeinsamen Nutzen und die gesellschaftliche Bedeutung sichtbar zu machen, bedarf es einer lokalen Anerkennungskultur. Welche Maßnahmen und Wege die jeweilige Kommune hierfür wählt, hängt von regionalen und lokalen Traditionen und Gegebenheiten sowie den Erfahrungen ab.

Die Bedeutung einer öffentlichen Sichtbarmachung und Ehrung verschiedener Formen des bürgerschaftlichen Engagements kann gar nicht hoch genug bewertet werden. Den Akteuren wird deutlich gemacht, dass ihr Engagement tatsächlich wahrgenommen und wertgeschätzt wird. Gegenüber der Öffentlichkeit wird unterstrichen, dass dieses Engagement eine gesellschaftliche Bedeutung hat. Die konkreten Formen reichen von Wettbewerben, bei denen die besten Modelle und Ansätze durch Preise belohnt werden, über öffentliche Ehrungen, Feste und Dankesveranstaltungen bis hin zu handfesten Vergünstigungen, die etwa bei der Nutzung kommunaler Einrichtungen und Dienste, dem öffentlichen Nahverkehr oder sonstigen Angeboten eingelöst werden können.

Die überzeugendste und nachhaltigste Anerkennung von Engagement besteht allerdings in einer professionellen Ausgestaltung der Beteiligungsmodelle und -verfahren, der Einräumung echter Entscheidungsbefugnisse, der Zuteilung von Ressourcen und der Ermöglichung von Beteiligungserfolgen durch

vorzeigbare und nutzbare Ergebnisse. Wie bedeutsam kommunale Politik und Verwaltung Beteiligungsprozesse einschätzen, erweist sich letztlich an ihrem Umgang mit den Ergebnissen dieser Verfahren.

Erfolge messen und Ergebnisse bewerten

Wie kann wirksam überprüft werden, ob die geplanten Partizipationsmaßnahmen tatsächlich umgesetzt werden und zu echten Erfolgen führen?

Auch Maßnahmen der Partizipation für junge Menschen binden die Aufmerksamkeit und Zeit kommunaler Entscheider und die Ressourcen der kommunalen Verwaltung. Darüber hinaus entwickeln die beteiligten Kinder und Jugendlichen hohe Erwartungen an die Ergebnisse dieser Verfahren und investieren viel Zeit und Energie. Es wird also immer wichtiger, die Wirkungen eines solchen Engagements und Ressourceneinsatzes zu überprüfen und ggf. Veränderungen einzuleiten, um die Modelle und Maßnahmen zu optimieren.

Immer wieder wird argumentiert, dass es nur sehr schwer oder gar nicht möglich sei, Indikatoren zu konstruieren, an denen sich der Erfolg komplexer Beteiligungsverfahren überprüfen ließe. Bei näherem Hinsehen zeigt sich allerdings regelmäßig, dass sich durchaus Indikatoren bilden lassen, an denen sich ablesen lässt, ob sich die Partizipationssituation in einer Kommune verbessert oder verschlechtert hat. So lässt sich etwa ganz grundsätzlich überprüfen, ob, und wenn ja, an welchen Stellen im Planungsprozess und wie oft Kinder und Jugendliche beteiligt werden. Vor allem kann geprüft werden, ob sich die Beteiligung von jungen Menschen auf eine einmalige Abfrage ihrer Wünsche und Interessen beschränkt, oder an mehreren Stellen eines komplexeren Entscheidungsfindungsprozesses realisiert wird.

Bei der Entwicklung von Indikatorensystemen sollte nicht nur auf den Input von Modellen und Ansätzen (Wie viel kostet eine Maßnahme? Wie hoch ist der Personaleinsatz? etc.) oder den Output (Wie viele Partizipationsangebote wurden gemacht?) geachtet werden, sondern auch auf den Outcome, also die Wirkungen bei der Zielgruppe. Dies erfordert natürlich auch gezielte Befragungen der jungen Menschen.

Die regelmäßige Evaluation von Projekten und Maßnahmen der Partizipation erleichtert es kommunaler Politik und Verwaltung, nachvollziehbare Entscheidungen hinsichtlich bestimmter Ansätze zu treffen. Es liegt auf der Hand, dass insbesondere im Bereich der Partizipationsprojekte eine Beteiligung der Zielgruppen bei der Evaluation der Maßnahmen und Angebote unverzichtbar ist. Sie kann dazu beitragen, die Erfahrungen, Sichtweisen und Interessen junger Menschen zu berücksichtigen und die Akzeptanz der Ergebnisse für die Zielgruppen zu erhöhen. Die Daten und Befunde der Evaluationen sollten öffentlich zugänglich gemacht und die Maßnahmen regelmäßig wiederholt werden. Externe Evaluationen können dazu dienen, die Maßnahmen und Projekte aus unabhängiger Sicht zu analysieren und damit den Entwicklungsstand einer Kommune aus einer neutralen Perspektive einzuschätzen.